

Akzente liberaler Umweltpolitik – Wege jenseits des Dirigismus

Die FDP steht für eine Umweltpolitik, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Liberales Leitbild ist eine nachhaltig zukunftsverträgliche Entwicklung, die ökologische Belastungen weiter reduziert und die Ressourcenproduktivität erhöht. Liberale Umweltpolitik ist qualitativen Zielen verpflichtet, die auch ästhetische und kulturelle Belange berücksichtigen, ein gesundes Umfeld schaffen und damit dem Wohlbefinden der Menschen dienen. Umweltqualität wird so zu Lebensqualität. Umweltschutz ist demnach Bestandteil einer umfassenden liberalen Umweltpolitik, die auch die Kulturlandschaft und regionale Identitäten schützt. Die FDP setzt vorrangig auf die Eigenverantwortung von Bürgern und Wirtschaft. Zurückhaltung beim Erlaß von Verordnungen bedeutet nicht, auf staatliche Vorgaben zu verzichten. In der Umweltpolitik müssen anspruchsvolle Ziele festgelegt werden. Zum Erreichen dieser Ziele müssen aber flexible Lösungen ermöglicht werden. Liberale halten dabei am Vorsorgeprinzip fest. Vermeintliche Gewißheiten sind im Laufe der Zeit jedoch zu Dogmen geworden. Diese müssen kritisch diskutiert und auf den Prüfstand gestellt werden: Nicht immer ist Mehrweg ökologisch besser als Einweg. Auch über alternative Energien muß standortbezogen entschieden werden; z.B. sind Windkraftanlagen nicht immer und überall die bessere Alternative. Nicht Naturschutz und Umweltpolitik gegen die Menschen, sondern die verantwortungsbewußte Gestaltung mit ihnen und für sie ist das Leitbild der FDP.

- (1) **Herausforderungen und Chancen der Umweltpolitik – Mut für den Weg nach vorn.** Mehr als drei Jahrzehnte sind seit Vorlage des ersten Berichts an den Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ vergangen. Die Umweltpolitik steht vor neuen Herausforderungen. Für Deutschland geht es auch auf nationaler Ebene um die Verpflichtung, der Umweltpolitik neue Impulse zu geben, um in Zeiten der Globalisierung und des rasanten technologischen Fortschritts engagiert Verantwortung für nachfolgende Generationen zu tragen. Umweltpolitik steht unverändert in der Pflicht, weiterhin entschlossen und umsichtig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und die Lebensqualität und damit die Freiheitschancen nachfolgender Generationen in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht zu bewahren und weiterzuentwickeln. Die Zukunft der Umweltpolitik bietet Herausforderungen und Chancen zugleich. Auf der Agenda der Umweltpolitik fordern drängende Probleme eine Lösung. Armut ist noch immer weit verbreitet, eine wachsende Weltbevölkerung braucht Wasser und Nahrung, das Weltklima ändert sich. Fest steht aber auch, daß die Belastung der Umwelt mit Schadstoffen in den westlichen Industrieländern in vielen Bereichen deutlich abgenommen hat. Nicht zuletzt mit der Überwindung des ökologischen Fiaskos in der ehemaligen DDR wurde auch für die Umwelt in

Deutschland viel erreicht. Der Rückblick ist ermutigend. Die Flüsse sind sauberer geworden, der Ausstoß von Treibhausgasen wurde gesenkt, sogar der Seeadler ist in Deutschland wieder anzutreffen, im Rhein werden wieder Lachse gefangen.

- (2) **Extreme Wetterereignisse als Mahnung für die politische Agenda.** Ermutigende Erfolge beim Schutz von Umwelt und Natur sind alles andere als ein Anlaß, die Hände in den Schoß zu legen. Ökologische Herausforderungen verlangen national und weltweit umweltpolitische Kompetenz und verantwortungsbewußte Lösungskonzepte. Extreme Wetterereignisse, wie die Flutkatastrophen und Überschwemmungen der letzten Jahre in Deutschland und Europa, sind nicht zuletzt auch eine Mahnung an die Entscheidungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft. Umweltschutz ist und bleibt ein herausragend wichtiger Punkt auf der politischen Agenda. Zwar kann es einen absolut sicheren Schutz vor Hochwasser und Überschwemmungen nicht geben. Fest steht aber auch, daß es nicht so weitergehen darf, wie bisher. Alles Menschenmögliche muß getan werden, um für die Zukunft vorausschauend optimale Vorsorge zu leisten. Ein wirksamer und zukunftsfähiger Hochwasserschutz kann nur mit einer ausgewogenen Kombination aus ökologisch ausgerichteten Maßnahmen zum Wasserrückhalt in den Einzugsgebieten, mit Schutzmaßnahmen auf höchstem technischem Stand, einer Anpassung der Landschaftsnutzung in Überschwemmungsgebieten und mit individueller Vorsorge erzielt werden. Ein wirkungsvolles Hochwassermanagement auf nationaler Ebene erfordert die Zusammenarbeit der beteiligten und betroffenen Bundesländer sowie auf internationaler Ebene die Kooperation aller Anrainerstaaten der Flüsse und Flußsysteme. Hochwasserschutz ist eine länderübergreifende Herausforderung. Zu einer wirksamen Vorsorge gehört auch der Klimaschutz, der nach mehrheitlicher Einschätzung der Wissenschaftler langfristig Einfluß auf die Ursachen aktueller und künftiger Gefahren durch Hochwasser und Überschwemmungen haben dürfte.
- (3) **Nachhaltigkeit als liberales Ordnungsprinzip.** Die FDP war die erste Partei, die bereits 1971 ein geschlossenes Programm zum Umweltschutz als politische Leitlinie verabschiedet hat. Hans-Dietrich Genscher war der erste Minister, der ein umfassendes Umweltprogramm einer Bundesregierung entworfen und Punkt für Punkt verwirklicht hat. Unter Regierungsbeteiligung der FDP war Deutschland über Jahrzehnte maßgeblicher Impulsgeber und Vorreiter für den internationalen Umweltschutz. Tradition verpflichtet. Liberale Umweltpolitik, die dem marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip verpflichtet ist, verlangt nach einem sparsamen und verantwortlichen Umgang mit knappen Ressourcen ohne Dirigismus und ohne Anmaßung von Wissen durch den Staat. Die FDP setzt auf mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie, Verlässlichkeit und Pla-

nungssicherheit sowie auf Kostensenkung durch Effizienzverbesserung und Innovation. Liberale Umweltpolitik verbindet ökologische Ziele mit ökonomischer Effizienz und konzeptioneller Geschlossenheit. Die FDP versteht Nachhaltigkeit auch als ein Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Nachfolgende Generationen sollen die gleichen Chancen zur wirtschaftlichen und sozialen Entfaltung haben wie die heute lebenden Generationen. In den Wiesbadener Grundsätzen der FDP ist dieses Motiv verankert als „Prinzip Verantwortung für die nächsten Generationen“: Jede Generation ist verpflichtet, die Freiheitschancen Nachgeborener zu bewahren und nicht durch Verbindlichkeiten und Verschwendung dieses Erbes zu riskieren. Dabei geht es nicht allein um die Menge und Qualität natürlicher Ressourcen. Zum Erbe gehören auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Errungenschaften.

- (4) **Umweltschutz braucht freiheitliche Strukturen für Markt und Gesellschaft.** Liberale Umweltpolitik stellt sich der internationalen Verantwortung, die mit den Chancen und Herausforderungen der Globalisierung verbunden ist. Die Ausweitung und Intensivierung internationaler Handelsbeziehungen steigert den Wohlstand in den Industrie- und Entwicklungsländern. Um im Kontext einer globalisierten Weltwirtschaft wirksamen Umweltschutz, wirtschaftlichen Wohlstand und Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung für alle Menschen und Länder zu gewährleisten, muß die Staatengemeinschaft auf marktwirtschaftliche Mechanismen setzen. Diese gewährleisten, daß wirtschaftliche Dynamik und technischer Fortschritt Potentiale zur Kostensenkung aufdecken und auch Chancen für neue Arbeitsplätze entstehen. Durch geeignete Rahmenbedingungen muß der Nachhaltigkeitsgedanke auf ein liberales marktwirtschaftliches Ordnungsprinzip verpflichtet werden. Umgekehrt ist dem Nachhaltigkeitsprinzip in der Marktwirtschaft Geltung zu verschaffen. Umwelt- und entwicklungspolitische Ziele sollen dabei stets mit minimalem Aufwand realisiert werden, so daß mit gegebenen Mitteln ein möglichst großer Nutzen für Umwelt und Entwicklung erreicht wird. Beschränkungen des Welthandels sind nicht geeignet, Umweltprobleme zu lösen, die mit der Globalisierung verbunden sind, im Gegenteil: Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte lehrt, daß ein besonders verantwortungsloser Raubbau an natürlichen Ressourcen, eine Umweltverschmutzung in katastrophalem Ausmaß sowie Armut und soziale Spannungen vor allem in solchen Ländern zu beobachten waren und sind, in denen es keine freiheitlichen Strukturen für Markt und Gesellschaft gibt. Länder, die sich gegenüber dem Welthandel abschotten und auf politischen Dirigismus setzen, versagen durchweg und insbesondere auf diesen Gebieten politischer Lenkung. Wer sich wirtschaftlich öffnet, wer Marktwirtschaft zuläßt, muß auch Freiheit und Menschenrechte ins Land lassen. Dies bedeutet auch eine Öffnung für sozial-

und umweltverträgliche Entwicklung. Kein Staat kann seinen Bürgern auf Dauer das eine geben und das andere verweigern.

- (5) **Mensch, Markt und Wettbewerb sind Tragpfeiler liberaler Umweltpolitik.** Eine der wichtigsten Ursachen für eine zunehmende Umweltbelastung insbesondere in den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern ist die Armut. Deren Bekämpfung gelingt letztlich nur durch Ausweitung und Intensivierung internationaler Handelsbeziehungen. Unter ökologisch verantwortlichen Rahmenbedingungen müssen die innovativen und kostensenkenden Kräfte des Wettbewerbs auch auf internationalen Märkten in den Dienst der Nachhaltigkeit gestellt werden. Globalisierung und Wirtschaftswachstum erhöhen einerseits die Güterproduktion und die Transportleistungen, was zusätzliche Emissionen und steigende Abfallmengen bedeutet. Andererseits hat der technische Fortschritt bei der Materialentwicklung, beim Verkehr und beim Recycling den spezifischen Rohstoffbedarf vermindert und damit die Effizienz beim Rohstoffeinsatz verbessert. Unter anspruchsvollen und verbindlichen ökologischen Zielvorgaben setzt die FDP auf marktwirtschaftliche Mechanismen, um im Kontext einer globalisierten Weltwirtschaft wirksamen Umweltschutz zu gewährleisten. Dabei ist hilfreich, daß in einer Welt, in der Nachrichten auch von entlegenen Standorten sehr schnell auf nationaler Ebene Schlagzeilen machen, die allgemeine Sensibilisierung für den Umweltschutz gestiegen ist und weiter steigt. Wer am Markt bestehen will, muß heute mehr denn je über seine Produktionsmethoden selbst ausführlich Zeugnis ablegen. In Ergänzung zu staatlichen Vorgaben einer nachhaltigen und umweltverträglichen Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene gilt es deshalb, Mechanismen freiwilliger Kooperation zu nutzen und weiterzuentwickeln. Multinationale Unternehmen müssen motiviert bleiben, hohe Umweltstandards auch in ihren Zweigwerken im Ausland einzuführen. Auch in ökologisch weniger ambitionierten Gegenden der Welt entsteht auf diese Weise eine Situation, nach der das Verhalten der Unternehmen aus den Industrieländern eine Vorbildfunktion für die Umweltpolitik auch an anderen Orten der Welt einnehmen kann. Langfristig geht im Idealfall hiervon ein gewisser Druck aus, die Umweltstandards in diesen Ländern für alle dort tätigen Unternehmen zu erhöhen. Gelingt es, diesen Hebel erfolgreich zu nutzen, so ist es letztlich der Wettbewerb der Unternehmen untereinander, der höheren Umweltstandards zum Durchbruch verhilft. Voraussetzung dafür ist ein Abbau umweltschädlicher und wettbewerbsverzerrender Subventionen sowie eine weitere Liberalisierung insbesondere der weltweiten Agrar- und Textilmärkte, damit die Entwicklungsländer leichteren Zugang zu den Märkten der Industriestaaten erhalten. Dringender Handlungsbedarf besteht mit Blick auf den Schutz der Wälder und Meere als Reservoir globaler Artenvielfalt. Auch für den Schutz der Biodiversität gilt es, internationale Übereinkommen zu erzielen und weiterzu-

entwickeln sowie Anreize zu schaffen und auch private Initiativen sachgerecht zu nutzen und einzubinden. Auch im Zeitalter der Globalisierung gibt es demnach kein grundsätzliches Hindernis für eine Weiterentwicklung der Umweltpolitik. Liberale Konzepte setzen auf dezentrale Strategien, bei denen der Staat zwar die Ziele vorgibt, die Lösungen aber von unten gefunden werden – vom einzelnen Bürger, von Unternehmen, von der Gesellschaft.

- (6) **Liberale Umweltpolitik engagiert sich für den Klimaschutz.** Umweltpolitische Herausforderungen betreffen zunehmend die internationale Schicksalsgemeinschaft zahlreicher Staaten. Dies ist in kaum einem Bereich so augenfällig, wie bei den weltweiten Bemühungen zum Klimaschutz. Wissenschaftler beobachten seit langem durchgreifende Veränderungen der Klimaverhältnisse auf der Erde. Zu erwarten ist, daß extreme Wetterereignisse weiter zunehmen werden. Zwar ist der sogenannte Treibhauseffekt nur zum Teil auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen. Auch ist umstritten, ob und wieweit der seit langem zu beobachtende Klimawandel durch eine Anpassung menschlichen Verhaltens beeinflußt werden kann und wie dies gegebenenfalls erreicht werden könnte. Ein Großteil der Wissenschaftler, die in der Klimaforschung tätig sind, mahnt jedoch eindringlich, daß es nicht so weitergehen darf, wie bisher. Aus Vorsorgegründen kann eine andere Option als Gegensteuern, als multinationaler Klimaschutz, politisch nicht verantwortet werden. Beim internationalen Klimaschutz geht es auch um konkrete Solidarität zwischen den Ländern dieser Erde und nicht zuletzt um Fragen der Generationengerechtigkeit. Schon in wenigen Jahrzehnten wird mehr als die Hälfte aller Treibhausgasemissionen auf die Schwellen- und Entwicklungsländer entfallen. Die Emission klimaschädlicher Gase in die Erdatmosphäre muß auch dort nachdrücklich verringert werden. Um verbindliche und anspruchsvolle ökologische Ziele zu erreichen, verlangt eine nachhaltige Klimapolitik, daß pro eingesetztem Euro soviel Treibhausgase wie möglich vermieden werden. Anders gewendet: Es geht darum, die Treibhausgasemissionen so kostengünstig wie möglich zu verringern. Die klimapolitischen Potentiale in den Entwicklungsländern sind auch in diesem Sinne besonders hoch. Die ökologischen und ökonomischen Chancen, die ein moderner Klimaschutz auch für die Entwicklungsländer bietet, dürfen nicht verspielt werden. Die FDP engagiert sich deshalb seit langem für eine aktive Klimapolitik.
- (7) **Klimaschutz ist das Ziel, Emissionshandel ein wichtiges Instrument.** Durch Emissionszertifikate und deren weltweiten Handel wird insbesondere auch für die weniger entwickelten Länder eine attraktive Möglichkeit erschlossen, substantielle Beiträge zum Klimaschutz zu leisten und zugleich aktiv und in eigener Verantwortung am Welthandel teilzunehmen und auf diese Weise ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Ein weltweiter Emissionshandel ist insoweit

auch eine große Chance für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Die FDP tritt dafür ein, sowohl den Börsenhandel mit Emissionszertifikaten für Treibhausgase als auch die Anrechnung von Emissionsreduktionen aus Klimaschutzprojekten im Ausland in Deutschland unverzüglich einzuführen. Die Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyotoabkommens ist dabei kein Selbstzweck. Die FDP ist jedoch davon überzeugt, daß deren Einsatz die Erreichung des klimapolitischen Ziels bei gleichzeitiger Minimierung der Kosten am besten garantiert. Neben einer konstruktiven Begleitung klimapolitischer Aktivitäten auf europäischer und auf multilateraler Ebene muß Deutschland auf dem Weg bilateraler Zusammenarbeit die Initiative zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten auch im Ausland ergreifen. Entwicklungspolitische Konzepte müssen unter expliziter Bezugnahme auf die Mechanismen des Kyotoabkommens verstärkt in ein zu entwickelndes klimapolitisches Gesamtkonzept Deutschlands eingebunden werden. Durch bilaterale Vereinbarungen muß Deutschland die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die durch Klimaschutzprojekte erzielten Emissionsminderungen auf deutsche Reduktionsverpflichtungen angerechnet sowie für die beteiligten Unternehmen und Länder zertifiziert und nach den Regeln der Kyotoabkommensmechanismen in einem Emissionshandelssystem international handelbar werden.

- (8) **Liberaler Umweltpolitik setzt auch auf den Einsatz erneuerbarer Energien.** Klimaschutz ist auf nationaler wie auf internationaler Ebene eng verbunden mit der Frage, wie der Energiebedarf bei drastisch zunehmender Weltbevölkerung und steigendem Wirtschaftswachstum in den heutigen Entwicklungsländern ohne Verzicht auf steigenden Lebensstandard im Sinne der Nachhaltigkeit gedeckt werden kann. Die damit verbundenen technologischen Herausforderungen gehen über die Einsparung von Energie und eine ständige Verbesserung der Energieeffizienz hinaus. Milliarden zusätzlicher Menschen werden in den Entwicklungsländern schon bald überwiegend in Städten leben. Neben einer Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Wasser und Nahrung werden diese Menschen Zugang zu bezahlbarer Energie verlangen. Derzeit sind die Betroffenen überwiegend auf die Verbrennung von Holz und Kohle auf technisch einfachstem Niveau angewiesen. Der damit verbundene Raubbau an natürlichen Ressourcen markiert eine zentrale Herausforderung für die Umweltpolitik der Zukunft. Die FDP will den Einsatz erneuerbarer Energieträger national und weltweit voranbringen, weil es sich um Zukunftstechnologien für den Klimaschutz handelt. Die FDP hat deshalb ein eigenes Konzept zur marktwirtschaftlichen Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger vorgelegt. Vor allem Länder, die keine ausreichende Energieversorgung haben, profitieren besonders von dezentralen Lösungen. Eine Nutzung erneuerbarer Energieträger bietet in vielen Regionen der Welt große Chancen. Der großmaßstäbliche Einsatz

regenerativer Energiequellen durch eine Erhöhung der Wirkungsgrade und die Reduzierung der Produktionskosten – etwa im Bereich der Solar- und Geothermie, der Photovoltaik und der Biomasse – ist voranzubringen.

- (9) **Kernenergie – Der Verzicht auf Wissen ist nicht nachhaltig.** Globale Probleme der Energie- und Umweltpolitik verlangen innovative Impulse aus Forschung und Technologie. Eine Verringerung energiebedingter Emissionen setzt emissionsarm oder emissionsfrei nutzbare Energieträger voraus. Auch müssen Potentiale zur Energieeffizienzsteigerung und zur Energieeinsparung verfügbar und wettbewerbsfähig gemacht werden. Deshalb muß die zugehörige Grundlagenforschung verstärkt werden. Ferner gilt es, in internationaler Kooperation nach neuen Möglichkeiten der Energiegewinnung sowie der Behandlung und des Verbleibs der Rückstands- und Abfallprodukte des Energieumwandlungsprozesses zu suchen. Hierzu zählt die Nutzung regenerativer Energieträger sowie die Entwicklung und der Einsatz innovativer Kernreaktoren. Als leistungsfähige Standorte für Forschung und Entwicklung tragen die Industrieländer eine besondere Verantwortung auch für die technologischen Standards, die weltweit zur Verfügung stehen und genutzt werden können. Nachhaltig ist, was dazu beiträgt, die technisch und wirtschaftlich nutzbare Ressourcenbasis dauerhaft zu erweitern – durch technischen Fortschritt und durch die Entwicklung effizienter institutioneller Arrangements zur Nutzung dieser Ressourcenbasis. Auch Deutschland ist hier in der Pflicht. Der Verzicht auf Wissen ist nicht nachhaltig. Eine Begrenzung der Optionenvielfalt im Stadium der Forschung und eine einseitige Ausrichtung der Forschung auf erneuerbare Energien führt zu nicht vertretbaren Einschränkungen möglicher Entwicklungspfade und zu einer Gefährdung des Forschungs-, Technologie- und Wirtschaftsstandortes Deutschland. Es gilt, die Vorreiterrolle Deutschlands bei der Entwicklung moderner Nutzungs- und Sicherheitstechnik auch auf dem Gebiet der Kernkraft zu erhalten und zu fördern. Die Sicherheitsforschung für die Kernenergie, insbesondere zum erweiterten Schutz gegen Einwirkungen von außen, zu verbessertem Strahlenschutz und zur gesicherten Entsorgung ist verstärkt voranzutreiben. Forschung und Entwicklung zur Erschließung der Kernfusion als neue Primärenergiequelle und deren industriellen Anwendung sind zu sichern. Ferner ist die Optimierung der Wasserstofftechnologie als wichtige Option für die Energiesysteme des 21. Jahrhunderts voranzutreiben. Effiziente Energieversorgung bedeutet grundsätzlich nichts anderes als eine wirtschaftliche Energieversorgung, die zugleich umweltverträglich ist. Die dabei zu berücksichtigenden Umweltbelange gehen über den Bereich der klimapolitisch motivierten Emissionsminderung hinaus. Namentlich gehören zu einem nachhaltig zu bewirtschaftenden Naturerbe beispielsweise auch berechnigte Anliegen im Landschafts- und Naturschutz.

- (10) **Der Mensch als Partner im Naturschutz – Gegen ideologisches Reservatsdenken.** Die Menschen sind integraler Bestandteil von Natur und Umwelt. Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt können deshalb auch auf nationaler Ebene nur gewährleistet werden, wenn die Menschen im Mittelpunkt der Umweltpolitik stehen. Menschen, die sich in ihrer Heimat wohl fühlen, leisten freiwillig mehr für Natur und Umwelt als grüne Öko-Bürokratie und staatliche Verbotspolitik. Deshalb setzt die FDP auf persönliche Verantwortung und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Mit öffentlichen Geldern finanzierte Maßnahmen können privaten Eigentümern Vorbild sein. Nur Menschen, die die Natur kennen und mit ihr vertraut sind, haben aus eigenem Erleben eine positive Beziehung zur Natur und schützen sie besser, als unkontrollierbare Verordnungen dies je erreichen können. Daher muß eine Naturschutzpolitik langfristig scheitern, die den Menschen aussperrt. Für die Nutzung von Natur und Umwelt müssen klare und verbindliche ökologische Grenzen gezogen werden. Innerhalb dieses Rahmens müssen für den Naturschutz freiwillige Maßnahmen und der Vertragsnaturschutz in den Vordergrund gestellt werden. Menschen sollen nicht als Störenfriede aus der Natur verdrängt, sondern, wo dies geboten ist, mit den Argumenten des Natur- und Artenschutzes in die Erhaltung und Pflege der Natur eingebunden werden. Die Naturnutzer – unter ihnen Wanderer, Jäger, Segler und andere Sportler – haben Freude an der Natur. So sind beispielsweise die Sportfischer als Naturnutzer auch engagierte Naturschützer: Daß etwa der Lachs in deutschen Flüssen wieder heimisch wird, verdanken wir nicht zuletzt dem sachkundigen Bemühen der Angler. Die Wiederansiedlung des Uhus ist eine Erfolgsgeschichte, die wir engagierten Menschen und weniger dem staatlichen Naturschutz zu verdanken haben.
- (11) **Politische Glaubwürdigkeit motiviert das Umweltbewußtsein.** Auch strengste Umweltauflagen können ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie tatsächlich auch befolgt werden. Jenseits aller Überwachung und Kontrolle kann dies in letzter Konsequenz nur unter der Voraussetzung gewährleistet werden, daß die betroffenen Menschen die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe verstehen und deshalb akzeptieren. Ökologische Glaubwürdigkeit ist deshalb für jede Form staatlicher Umweltpolitik unverzichtbar. Glaubwürdigkeit und politische Ehrlichkeit verlangen im Vorfeld deshalb die klare Benennung eindeutiger ökologischer Ziele. Um die Berechtigung umweltpolitischer Eingriffe zu vermitteln und den gesellschaftlichen ökologischen Konsens zu suchen und zu festigen, müssen auch Zielvorstellungen von anderer Ebene, insbesondere der Wirtschafts- und Sozialpolitik angemessen berücksichtigt und einbezogen werden. Als Kontrapunkt zu Bevormundung und Bürokratie muß deshalb ein dynamischer ökologischer Diskurs innerhalb der Bürgergesellschaft die Voraussetzung und die Basis liberaler Umweltpolitik sein. Es geht um eine Festlegung des künftig not-

wendigen Ordnungsrahmens, aber auch um konkrete Verhaltensänderungen der Menschen. Umweltbewußtsein und Umweltverhalten der Bevölkerung müssen durch politische Zielsetzungen und Entscheidungen aufgrund der Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung sinnvoll fundiert werden. Die FDP sagt nein zu ökologischem Etikettenschwindel und lebensabgewandter Verzichts- und Verbotsideologie.

- (12) **Liberaler Umweltpolitik mißtraut Abgaben und Quoten.** Zur Gewährleistung ökologischer Aufrichtigkeit und um das Umweltbewußtsein glaubwürdig zu motivieren, ist bei der Verwirklichung ökologischer Mengenziele vorrangig der Einsatz mengensteuernder Instrumente zu erwägen (handelbare Lizenzen und Zertifikate). Auch umweltpolitisch motivierte Abgaben können im Einzelfall ökologisch sinnvoll und geboten sein. Allerdings bergen Umweltabgaben die Gefahr finanzieller Belastungen für die Bürger, ohne daß umweltbezogene Ziele hierdurch tatsächlich erreicht werden. Es gilt zu vermeiden, daß Abgaben den Umweltschutz bei den Bürgern diskreditieren, indem der Eindruck entsteht, es gehe nicht um Umweltschutz, sondern um das Erzielen von Einnahmen für den Staat. Sollen Umweltabgaben im Einzelfall erhoben werden, ist im Vorfeld deshalb insbesondere der Konflikt zwischen Lenkungs- und Finanzierungsfunktion zu prüfen. Ökologisch motivierte Quoten eignen sich nur begrenzt als Zielgröße für einen wirksamen Umweltschutz, was zuletzt am Beispiel der Mehrwegquote im Bereich der Abfallpolitik deutlich geworden ist. Quoten entfalten ein unerwünschtes Eigenleben auch dann, wenn bezüglich des ursprünglichen Handlungsziels kein Handlungsbedarf mehr besteht.
- (13) **Liberaler Umweltpolitik – Gegen die Anmaßung von Wissen.** Umweltpolitische Dialogbereitschaft und Kooperation mit den Beteiligten und Betroffenen eröffnen die Chance zur Realisierung gesellschaftlicher Kooperationsgewinne. Dabei verpflichten Zukunftsorientierung und die Bereitschaft zu konstruktiver Kooperation mit den Beteiligten und Betroffenen liberaler Umweltpolitik darauf, der Dynamik von Wissenschaft und Technik durch anpassungsfähige Konzepte Rechnung zu tragen. Einer Förderung der Grundlagenforschung kommt insoweit eine weiterhin hohe Bedeutung zu. Ökologischer Dirigismus im Sinne einer Vorgabe von Marktergebnissen oder technischen Verfahren und Entwicklungen bedeutet demgegenüber eine Anmaßung von Wissen durch den Staat. Um diese Anmaßung zu vermeiden gilt es, die umweltpolitische Willensbildung und den ökologischen Konsens der Gesellschaft im Eindruck von Forschung und Technik stets zu überprüfen, aufs neue zu fundieren und weiterzuentwickeln.
- (14) **Liberaler Umweltpolitik – Für ein angstfreies Vorsorgeprinzip.** Dabei sind Grenzwerte, die allein auf wissenschaftlicher Basis ermittelt und auch begründet wurden, ohne Abstriche einzuhalten. Beim umweltpolitischen Vorsorgeprin-

zip muß jedoch bewußt bleiben, daß dieses Prinzip keine operationalen Maßstäbe für die Festsetzung echter Grenzwerte bietet, weil es sich bei Vorsorgewerten nicht um präzise ermittelte Grenzen, sondern um ungefähre Bandbreiten handelt. Die Frage, wie weit „Vorsorge“ jeweils zu gehen hat, muß also im Einzelfall nach gründlicher Abwägung von Nutzen und Risiken entschieden werden. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit muß in jedem Fall gewahrt bleiben. Problematisch ist hier unter anderem der Sachverhalt, daß Vorsorgewerte von den Betroffenen zumeist mit echten Grenzwerten gleichgesetzt werden. Dies kann zu einer bedenklichen Negativspirale bei der Lösung von Umweltproblemen führen: Derjenige, der den niedrigsten Vorsorgewert fordert, versucht sich auch als der moralisch Überlegene darzustellen. Damit entfernt man sich vom Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Jenseits dessen können Maßnahmen nach dem Vorsorgeprinzip nur vorläufigen Charakter haben und müssen gegebenenfalls nachgebessert oder rückgängig gemacht werden. Die Praxis zeigt jedoch ein anderes Bild: Eine Rücknahme von Vorsorgewerten wirkt auf die Öffentlichkeit wie eine bewußte Aushöhlung der Umweltschutzgesetzgebung und ist den Betroffenen deshalb nur schwer vermittelbar. Die Festlegung solcher Werte ist deshalb politisch meist eine Einbahnstraße. Ein weiterer erheblicher Nachteil der Anwendung von Vorsorgewerten zeigt sich schließlich bei der Reaktion der Öffentlichkeit auf deren mögliche Überschreitung: Obwohl toxisch oder ökologisch relevante Konzentrationen im Einzelfall gar nicht überschritten werden, ist die Öffentlichkeit verängstigt, weil Vorsorgewerte mit echten Grenzwerten zur Gefahrenabwehr verwechselt werden. Tatsächlich kann ein politischer Vorsorgewert wegen der eingerechneten Sicherheitsfaktoren mitunter erheblich überschritten werden, ohne daß eine gesundheitliche Gefährdung entsteht. Im Kehrschluß führt faktisch unbegründete Angst dann zu irrationalem Handlungsdruck für die Politik.

- (15) **Verantwortungsvolle Chemikalienpolitik für einen wirksamen Schutz der Menschen.** Beim Umgang mit Chemikalien gilt es, für Mensch und Umwelt Sicherheit zu gewährleisten. Hierzu dienen Immissionsschutzregelungen und Grenzwerte für Einzelstoffe, die einzuhalten sind. Die FDP begrüßt deshalb das Ziel der Chemikalienpolitik, eine systematische Registrierung und Risikobewertung von Chemikalien unter Einbeziehung der gesamten Produktions- und Verarbeitungskette auf wissenschaftlich fundierter Grundlage vorzunehmen. Für die Sicherheit im Umgang mit Chemikalien und damit für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt maßgeblich sind die Risiken, die mit ihrer Herstellung, Verarbeitung und Anwendung verbunden sind. Eine verantwortungsvolle Gesetzgebung, die dem sicheren Einsatz von Chemikalien verpflichtet ist, hat dabei auch den ökologischen und wirtschaftlichen Nutzen eines regelgerechten Einsatzes chemischer Stoffe zu berücksichtigen. Auch im Be-

reich der Chemikalienpolitik gilt es, sachgerechte Beurteilungskriterien zu entwickeln und anzuwenden. Die Zielvorstellung einer „giffreien“ Umwelt ist in diesem Zusammenhang unrealistisch, nicht zuletzt, weil Tiere und Pflanzen selbst eine Vielzahl von Giften produzieren. Beispielsweise sind bestimmte Arsen- und Schwermetallverbindungen natürliche Bestandteile des Bodens. Allein aufgrund bestimmter Substanzeigenschaften ausgesprochene undifferenzierte Stoffverbote wären für den Schutz von Mensch und Natur also nicht hilfreich. Zugleich darf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht unnötig beeinträchtigt werden. Berechtigte und unverzichtbare Anliegen des Umweltschutzes, beispielsweise bei der sicheren Anwendung gefährlicher Stoffe, dürfen nicht in eine ausufernde und sinnlose Öko-Bürokratie führen. Bei einer Reform der Chemikalienpolitik in Deutschland und Europa müssen deshalb rationale und wirksame sowie möglichst einfache und praktikable Regelungen gefunden werden. Ein effektiver Schutz von Mensch und Umwelt muß für die Gesetzgebung verpflichtend sein und bleiben. Vergessen werden darf nicht, daß für eine Risikobewertung neben stofflichen Eigenschaften vor allem die Art der Anwendung und die sich daraus ergebenden Expositionsszenarien für Mensch und Umwelt entscheidend sind. Würde dieser Sachverhalt ignoriert, entstünde auch für ökologisch und gesundheitlich ungefährliche Anwendungen solcher Substanzen ein bürokratischer Aufwand, der innovationshemmend und insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen existenzbedrohend wäre, ohne daß die Umwelt und die menschliche Gesundheit hiervon profitieren würden. Die für mittelständische Unternehmen charakteristische Flexibilität und deren hohes Innovationspotential darf nicht ohne Nutzen für Mensch und Umwelt durch bürokratische Vorgaben unnötig beeinträchtigt werden.

- (16) **Für eine marktwirtschaftliche Neuordnung der Abfallwirtschaft.** Umweltpolitik braucht wettbewerbliche Strukturen, um kostensenkende Markt- und Innovationsprozesse anzuregen. Bei gleichbleibend hohem Umweltstandard geht es der FDP auch darum, die Verbraucher zu entlasten. An die Abfallentsorgung müssen unter Umweltgesichtspunkten höchste Anforderungen gestellt werden. Der Abfallbereich ist ein Beispiel für erfolgreiche deutsche Umweltpolitik. Bei dem Ziel, die Abfallwirtschaft umweltgerecht zu organisieren, müssen allerdings auch wirtschaftliche Kriterien berücksichtigt werden. Die FDP fordert deshalb eine Umstrukturierung im Sinne marktwirtschaftlicher, effizienterer und kostengünstiger Strukturen. Bei der Realisierung ökologischer Ziele muß Markt- und Wettbewerbsprozessen mehr Raum gegeben werden. Dies gilt auch für die Abfallpolitik. Ziel muß es sein, die abfallpolitischen Ziele kostengünstiger zu erreichen. Dabei kann die Deregulierung des Marktes und eine stärkere Nutzung der Kompetenz Privater helfen. Deshalb muß auch bei der Abfallentsorgung wie bei der Telekommunikation und der Energiewirtschaft eine weitere Liberalisierung

in die Wege geleitet werden. Umfang und Intensität abfallpolitischer Regulierung sind auf das umweltpolitisch gebotene und gerechtfertigte Ausmaß zu reduzieren. Die Entsorgungssicherheit als Teil der Daseinsvorsorge ist kein tragfähiges Argument dafür, Abfälle den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zuzuweisen. Die Andienungspflicht für Siedlungsabfälle bei den Kommunen ist abzuschaffen. Die FDP fordert, daß die Länder und Kommunen sich aus dem operativen Abfallgeschäft zurückziehen und sich auf die reine Überwachung beschränken. Nur in einer marktlich transparenten und liberalisierten Abfallwirtschaft lassen sich Sümpfe wirksam trockenlegen. Marktferne und öffentlich-rechtlich verkrustete Strukturen in der Abfallwirtschaft sind der Nährboden für mangelhafte Transparenz und für eine ungute Verquickung widersprüchlicher Interessen. Deshalb fordert die FDP die strikte Trennung zwischen wirtschaftlicher Betätigung und hoheitlichem Wirken. Staatliche Aufgaben müssen bei den Gebietskörperschaften verbleiben. Sie nehmen die Überwachungspflicht wahr und schreiben die Entsorgung (Transport, Beseitigung und Verwertung) von Abfällen zur Beseitigung, Sperrmüll, Grünabfällen, biologischen Abfällen, Glas und Altpapier für ihr Gebiet regelmäßig, mindestens aber alle fünf Jahre aus. So wird gewährleistet, daß unabhängige staatliche Stellen die Einhaltung von Vorschriften kompromißlos kontrollieren und durchsetzen können. Es gibt keinen überzeugenden Grund daran zu zweifeln, daß private Unternehmen in der Lage sind, Abfälle nach staatlich gesetzten Regeln ordnungsgemäß zu entsorgen. Es hilft gleichwohl nichts, wenn ein öffentliches Monopol lediglich gegen ein privates Monopol eingetauscht wird. Die privaten Unternehmen müssen im Wettbewerb stehen und sind dann schon aus diesem Grunde gezwungen, Kostensenkungspotentiale besser auszuschöpfen. Wettbewerbliche Strukturen eröffnen insoweit Spielräume, um die Aufgabe der Abfallentsorgung in der gleichen Qualität wie bisher, jedoch für die Bürger kostengünstiger wahrzunehmen.

- (17) **Liberale Umweltpolitik – Für ein zukunftsfähiges Verkehrskonzept.** Mit Blick auf eine umweltverträgliche Mobilität ist festzustellen, daß der Versuch, einzelne Verkehrsträger über umfangreiche Subventionen am Markt durchzusetzen und andere durch Strafsteuern zu verdrängen, gescheitert ist. Die FDP setzt sich deshalb für nutzungsbezogene Preisbildungssysteme ein. Eine möglichst weitgehende Liberalisierung und Privatisierung sorgen außerdem für den notwendigen Kosten- und Wettbewerbsdruck. Eine durchschlagende Verminderung der verkehrsbedingten Umweltbelastungen ist jedoch nur durch eine konsequente Nutzung vorhandener und die Entwicklung weiterer ökologischer Verbesserungspotentiale aller Verkehrsträger realistisch. Alle Verkehrsträger mit ihren spezifischen Vorteilen müssen zu einem attraktiven, umweltschonenden und sicheren Gesamtsystem vernetzt werden. Die steigende Mobilität verlangt einen umweltschonenden Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, sowohl für den

Schienen- als auch für den Individualverkehr. Zur weiteren Entlastung der Umwelt sind neue Fahrzeugtechnologien und Antriebssysteme sowie emissionsarme Betriebsmittel zu nutzen. Für eine Senkung der Treibhausgasemissionen im Verkehrsbereich liefern vor allem die Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie vielversprechende Ansätze. Auch der Verkehrssektor muß in den Handel mit CO₂-Zertifikaten einbezogen werden. Der Luftverkehr ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen, so daß dessen Umweltbelastungen nicht länger ignoriert werden können. Nicht zuletzt im Hinblick auf faire Wettbewerbsbedingungen aller Verkehrsträger tritt die FDP für steuerliche Gleichbehandlung ein. Die FDP fordert eine europaweite Besteuerung des Flugbenzins mit dem Ziel, dies auch weltweit durchzusetzen. Die FDP fordert ein integriertes Verkehrskonzept, das kreativ und umweltschonend ist, denn sie ist überzeugt, daß eine umweltfreundliche Mobilitätspolitik die Entwicklungspotentiale aller Verkehrsträger fördert und die Mechanismen des Marktes nutzt. Die FDP hält einen weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für unverzichtbar. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Lärm – ob im Umfeld von Straßen, Flughäfen oder Bahntrassen – von vielen Bürgern als ein belastendes Umweltproblem angesehen wird. Die FDP fordert eine Novelle des Lärmschutzrechts, um endlich die neuesten Erkenntnisse und technischen Entwicklungen möglichst europaweit einheitlich berücksichtigen zu können. Unter dem Kriterium der Nachhaltigkeit ist Lärmbekämpfung an der Quelle nachsorgenden Maßnahmen vorzuziehen. Aktive Schallschutzmaßnahmen (z.B. leisere Fahrzeuge und Flugzeuge) sollen Vorrang vor passiven Maßnahmen genießen. Eine frühzeitige Berücksichtigung des Lärmschutzes bei der Planung von Verkehrswegen und Flughäfen wie auch in der vorbereitenden Bauleitplanung ermöglichen weniger Lärm und kostengünstige Schallschutzmaßnahmen.

- (18) **Liberaler Impulse für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.** Auch die Wasserwirtschaft in Deutschland braucht marktkonforme Konzepte, die geeignet sein müssen, eigenverantwortliches Handeln aller Beteiligten anzuregen. Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser erfordert deshalb besondere Sorgfalt und strenge Kontrolle. Unabhängig davon, ob die Wasserwirtschaft in der Hand öffentlich-rechtlicher oder privater Unternehmen liegt, muß der Staat dafür Sorge tragen, daß höchste ökologische und gesundheitliche Standards gewahrt bleiben. Diese sind in Deutschland seit Jahrzehnten verbindlich und müssen es auch bleiben. Höchste Ansprüche an die Wasserqualität und an den Umweltschutz legen es nahe, die Wasserversorgung als einen Teilbereich der Daseinsvorsorge zu verstehen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß der Staat diese Aufgabe selbst wahrnehmen muß. Ein verantwortungsvoller Gewässer-, Grundwasser- und Bodenschutz läßt sich auch unter den Bedingungen einer liberalisierten Wasserversorgung mit

privaten Unternehmen gewährleisten. Die kostensenkenden und innovationsfördernden Kräfte von Markt und Wettbewerb können hierbei zum Vorteil aller Bürgerinnen und Bürger auch für den Wassermarkt genutzt werden. Die FDP ist daher der Ansicht, daß im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung neue Wirtschaftlichkeitspotentiale erschlossen werden können, ohne daß Qualitätseinbußen zu befürchten wären. Bürgerinnen und Bürger müssen unter Wahrung der hohen Qualitäts- und Umweltstandards bei Wasserpreisen und Gebühren entlastet werden. Dazu muß die öffentliche Hand im Sinne einer sparsamen und effizienten Haushaltsführung ihre eigenen Leistungen zu Marktbedingungen kalkulieren und regelmäßig dem Wettbewerb unterwerfen. Marktlicher Wettbewerb bietet Chancen für mehr Wirtschaftlichkeit und ist Auslöser für Innovationen. Handlungsbedarf besteht insoweit auch mit Blick auf eine umweltfreundliche Abwasserentsorgung. Innerhalb einer ökologischen Rahmenordnung, die umwelt- und gesundheitspolitische Standards sowie strenge Kontrollen vorschreibt, muß privatwirtschaftlichen Lösungen mehr Raum gegeben werden. Dazu müssen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung rechtlich vollständig gleichgestellt werden, um deren Angebot aus einer Hand zu ermöglichen. Know-How aus beiden Bereichen könnte in einem Unternehmen zusammengeführt und, wo dies sinnvoll ist, Gesamtlösungen entwickelt und Kostensenkungspotentiale verwirklicht werden.

- (19) **Libérale Umweltpolitik – Für einen wirksamen Schutz der Meere.** Trotz einiger Erfolge, die seit den ersten internationalen Abkommen im Meeresschutz zu verzeichnen sind, ist nach wie vor der Schutz der Meere und Küsten eine der großen Herausforderungen im Umweltschutz. Alarmierend sind weiterhin die Auswirkungen einer schonungslosen Ausbeutung der Fischfauna sowie die Ausrottung vieler Arten im Lebensraum Meer. Die Schäden, die den Küstenregionen durch Schadstoffeinträge und durch unangepaßte Wohn-, Freizeit- und Industrieanlagen zugefügt werden, sind oft irreparabel. Dazu haben Überschwemmungskatastrophen gerade auch in jüngster Zeit viele Küstenabschnitte weltweit stark zerstört. Internationale Verträge und Konventionen für den Meeresschutz müssen mit anspruchsvollen Zielen und Maßnahmen auf nationaler Ebene harmonisieren, wenn man einen wirklichen Erfolg verzeichnen will. Die FDP fordert daher für den nachhaltigen Schutz der Nordsee die Weiterentwicklung internationaler Übereinkommen. Die Nordsee mit ihrem ökologisch einzigartigen Wattenmeer und die Ostsee verdienen in der Zukunft besondere Aufmerksamkeit. Es sind die schleichenden Prozesse, die langfristig schädigend wirken. Ein Beispiel dafür ist ein immer noch zu hoher Nährstoff- und Schwermetalleintrag, der zu Verschmutzung und Überdüngung der Meere führt. Nationalparke, FFH- und Vogelschutzgebiete müssen auch in Zukunft unangetastet bleiben und dürfen nicht mit Windparkanlagen bebaut werden. Weiterhin fordert

die FDP, die Fischbestände durch weltweit gültige Vereinbarungen mit Hilfe von Fangquoten und ökologisch verträglichen Fangsystemen zu schonen und zu sichern. Der Schutz ökologisch hochsensibler Meeresteile, wie z.B. der Antarktis, muß auch auf internationaler Ebene weiterentwickelt werden.

- (20) **Liberale Umweltpolitik – Für einen nachhaltigen Umgang mit dem Schutzgut Boden.** Boden und Grundwasser sind zentrale Bestandteile des Naturhaushalts und somit Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Ihr Schutz hat Vorrang, um die Gesundheit der Bevölkerung und die Existenz der natürlichen Umwelt nicht zu gefährden. Grundwasser- und Bodenschutz sind dabei unmittelbar miteinander verknüpft und bilden eine Einheit. Der Boden verfügt nur über eine begrenzte Belastbarkeit, eingetretene Schäden sind häufig nicht oder nur mit sehr großem Aufwand reparabel. Schutz und Bewahrung des Bodens ist dabei eine Voraussetzung für den Schutz des Grundwassers. Die FDP fordert die unbedingte Fortführung der Bodensanierung, gerade auch in den Neuen Bundesländern. Mit verantwortungsvollem Blick auch auf die natürlichen Grund- und Oberflächenwasserspiegel müssen Altindustrie- und Bergbauflächen zügig saniert werden. Eine neue gewerbliche Nutzung von sanierten Altindustrieflächen muß Vorrang haben vor der Ausweisung neuer Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“. Ein rücksichtsvollerer, nachhaltiger Umgang mit dem Schutzgut Boden führt somit auch zu einem nachhaltigerem Umgang mit dem Schutzgut Wasser.
- (21) **Landwirtschaft als Partner liberaler Umweltpolitik.** Das Bild der uns vertrauten Landschaft wird von der Landwirtschaft geprägt. Ihre bis jetzt weitgehend unentgeltlich wahrgenommene Aufgabe der Landschaftspflege wird sie bei einer stärker marktwirtschaftlichen Orientierung nur noch dann erfüllen können, wenn diese Aufgabe in dem Maße bezahlt wird, wie die Gesellschaft sie anfordert. Die FDP tritt für eine flächendeckende Landbewirtschaftung ein, sofern nicht konkrete Ziele des Natur- und Artenschutzes – wie etwa der Erhalt von Hochmooren und naturnahen Wäldern – eine Nutzung ausschließen. Die Pflege und der Erhalt einer gewachsenen, abwechslungsreichen Kulturlandschaft und auch deren Wiederherstellung wird zu den zukünftigen Aufgaben der Landwirtschaft gehören. Nur so kann der Verödung und dem Verlust an identitätsstiftender Umwelt entgegengewirkt werden. Landwirtschaftliche Produktion, ob von Nahrungsmitteln oder nachwachsenden Rohstoffen, bedeutet eine gewisse Belastung der Umwelt. Diese Belastung muß in Beziehung zur Erntemenge bewertet werden und nicht zur bewirtschafteten Fläche, denn das Ziel von Landwirtschaft ist die Ernte und nicht, möglichst große Flächen unter den Pflug zu nehmen. Landwirtschaftliche Produktion hat auch in Deutschland unverändert ihren Platz. Das Genießen regional hergestellter Frischeprodukte gehört zum Heimatgefühl und kann durch keine Konserve ersetzt werden.